

Busverkehr und Wahlalter

KOMMUNALWAHL Podiumsdiskussion in der Theodor-Heuss-Schule

Offenbach – Ein Blick auf die Anzeigetafel verrät: Der Bus hat Verspätung. Für viele Pendler startet der Tag genau so. Wer als Kind noch zur Grundschule laufen konnte, ist als Teenager oft auf das öffentliche Verkehrsnetz – und dessen Verlässlichkeit – angewiesen. Kurz vor der Kommunalwahl am kommenden Sonntag diskutieren Vertreter von SPD, CDU, Grünen, Linken und FDP in der Theodor-Heuss-Schule (THS), wie sich Schulwege künftig besser gestalten lassen. Dabei kommen auch Themen wie Schulsanierung, Digitalisierung und ein Wahlalter ab 16 zur Sprache.

In einer Sache sind sich Helena Wolf (SPD), Christoph Kurt (CDU), Corinna Sieczka (Die Grünen), Markus Philipp (Die Linke) und Anja Schwalbach (FDP) einig: Der ÖPNV muss besser werden, die Verbindungen zwischen den Stadtteilen müssen stärker werden. Aus Waldheim dauert der Schulweg mit dem Bus etwa 40 Minuten – mit dem Auto nur zehn. Offenbacher Stadtteile wie Bürgel, Rumpenheim und Bieber sollten durch einen gut getakteten Busverkehr verbunden sein. Wie das aussehen könnte, fragen die THS-Schüler Johnny Raab und Mustafa Schadab, die die Podiumsdiskussion moderieren.

Zuverlässige Busverbindungen

„Wir müssen wegkommen vom Sternsystem Marktplatz und andere Verbindungen stärken“, betont Kurt. Eine Erneuerung der stillgelegten Straßenbahnen wäre ein Gewinn für das Offenbacher Verkehrsnetz. Zunächst brauche es jedoch einen zuverlässigeren Busverkehr, sind sich die Parteivertre-



Volle Haltestelle: Einige Theodor-Heuss-Schüler bestreiten ihren täglichen Schulweg mit den OVB-Buslinien. MARLENE OCHS

ter einig. Dazu gehörten auch Fahrpläne, die zu den Schulzeiten passen, sagt Schwalbach. Auch für diejenigen, die mit dem Fahrrad unterwegs sind, braucht es sichere Wege, betont Wolf. „Wir müssen überlegen, wie wir Mobilität gestalten können, damit alle sicher am Verkehrsleben teilnehmen können.“ Zu lange sei der Fokus auf dem Autoverkehr gelegen, meint Sieczka: „Wir müssen viel investieren, damit es auch attraktiv ist, mit dem ÖPNV zu fahren. Denn seien wir mal ehrlich: Wegen der Verspätungen steigen viele aufs Auto um.“

Doch die Realität ist auch: Der ÖPNV kostet die Stadt viel Geld. „Man muss schauen, wie man Funktion und Finanzierung vereint“, sagt Schwalbach. Auch Wolf und Kurt betonen, dass Offenbach dieses Problem als Kommune allein nicht stemmen kann und auf Unterstützung des Landes Hessen an-



Corinna Sieczka, Christoph Kurt, Helena Wolf, Markus Philipp und Anja Schwalbach vertreten ihre Parteien. LEONIE SCHÄFER

gewiesen ist. Philipp fordert: „Es muss Druck geben von der Stadtpolitik auf das Land und auf den Bund, damit wir mehr Kohle haben.“

Wer über die Defizite des Offenbacher Verkehrsnetzes spricht, kommt am Hauptbahnhof nicht vorbei. „Das Gebäude sieht schrecklich aus. Der Hauptbahnhof ist längst kein Verkehrsknotenpunkt

mehr“, sagt Philipp. Durch eine Zusammenarbeit mit Vereinen könnte das Gebäude als kreativer Ort genutzt werden. Ideen dafür ließen sich in einem Wettbewerb sammeln, schlägt Schwalbach vor.

Das Problem: Die Deutsche Bahn verkauft das Gebäude nicht an die Stadt, die Sanierung wird seit Jahren verschoben. Heißt auch: weiterhin

kein Aufzug, keine Barrierefreiheit. Die Sanierungspläne der Bahn hält Wolf für unglaublich: „Seien wir mal ehrlich: Wenn ein Hauptbahnhof tot ist, weil kaum ein Zug fährt – wer saniert ihn dann?“ Um ihn zu beleben, müsse der Busbahnhof durch bessere Verbindungen wieder zum Verkehrsknoten werden, meint Philipp.

Ein Fortschritt der vergangenen Jahre sei die Sanierung der Offenbacher Schulen gewesen, sind sich alle Parteien einig. Doch besonders bei den Grundschulen gebe es noch Handlungsbedarf, besonders mit Blick auf den Ganztagspakt. „Dafür braucht es Räume und Cafeterien. Auch die Sanitäranlagen müssen erneuert werden“, betont Wolf. Zudem bestehe bei der Barrierefreiheit dringend Nachholbedarf. Auch in Digitalisierung und den Umgang mit KI müsse weiter investiert werden, so Wolf – etwa durch Leihgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie Schulungen für Lehrkräfte.

Zum Ende der Diskussion wird es noch einmal grundsätzlich: beim Thema Wahlalter. CDU-Politiker Kurt hält dagegen: Wählen setze eine gewisse Reife voraus, die man mit 16 noch nicht habe. Ein Raunen geht durch das Publikum – auch auf dem Podium regt sich Widerspruch. SPD-Politikerin Wolf entgegnet, Fehlentscheidungen hätten nichts mit dem Alter zu tun: „Die trifft man mit 16, 18 oder 45.“ Außerdem dürften Jugendliche bereits arbeiten, Verträge unterschreiben und bei der Europawahl abstimmen – warum also nicht auch kommunal? Für SPD, Linke, Grüne und FDP ist die Sache klar: Wer von politischen Entscheidungen betroffen ist, sollte auch mitentscheiden dürfen.

LEONIE SCHÄFER